

II-1375 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

Wien, 31. Juli 1972

Zl. 6072-Pr.2/72

554 /A.B.  
zu 534 /J.  
Präs. 1. Aug. 1972

An die  
Kanzlei des Präsidenten  
des Nationalrates  
Parlament  
W i e n , 1.

Auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Blenk und Genossen vom 15. Juni 1972, Nr. 534/J, betr. geplante Aufhebung der Steueraufsichtsstelle Dornbirn, beehre ich mich mitzuteilen:

Zu 1.:

Die stete Agendenvermehrung der Finanzverwaltung zwingt zu Rationalisierungsmaßnahmen und damit zur Konzentration des Personals am Sitz des Finanzamtes. Die im Bundesgebiet noch bestehenden 125 Steueraufsichtsstellen werden mit Wirkung vom 1. Jänner 1973 aufgelassen. Von den 125 Steueraufsichtsstellen sind lediglich zwei, Dornbirn und Bludenz, derzeit noch mit der Eintragung von Freibeträgen auf Lohnsteuerkarten, sofern ein geringer Schwierigkeitsgrad vorliegt, befaßt.

Der Entwurf des Einkommensteuergesetzes 1972 sieht durch Systemveränderungen den Wegfall der meisten Freibeträge (insbesondere Kfz-Haftpflichtversicherungen und Bausparkassen) vor. Dies bedeutet, daß ab 1. Jänner 1973 Freibetragseintragungen, soweit sie von den genannten Steueraufsichtsstellen besorgt wurden, kaum nennenswert mehr in Anspruch genommen werden müssen, sodaß auch die diesbezügliche Tätigkeit der beiden Steueraufsichtsstellen entfällt.

Die Steueraufsichtsstelle Dornbirn (wie auch die Steueraufsichtsstelle Bludenz) liegt nur 20 km vom Sitz des Finanzamtes in Feldkirchen entfernt. Die ausreichenden Verkehrsbedingungen (Autostraße, stündlich verkehrende Züge, Autobusse) bringen den verbleibenden Parteien keine unzumutbaren Belastungen.

Zu 2.:

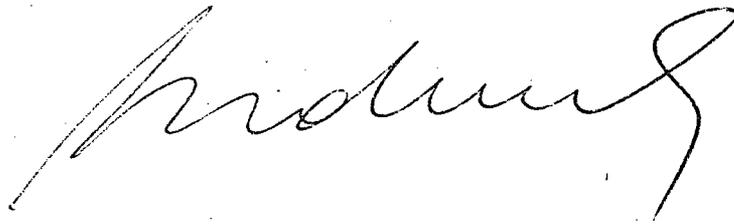
Von der Steueraufsichtsstelle Dornbirn wurden jährlich ca. 4.000 Freibetragseintragungen, d.s. ca. 7 % der Eintragungen im Bereich

./.

- 2 -

der Finanzlandesdirektion für Vorarlberg, vorgenommen. Die vorbereiteten gesetzlichen Regelungen werden die Zahl der Freibe-tragseintragungen beträchtlich reduzieren, sodaß die Auflassung der Steueraufsichtsstelle der Bevölkerung keine Erschwerung bringt.

Sollten wider Erwarten in lohnsteuerlicher Hinsicht weiterhin Eintragungen in größerer Zahl erforderlich werden, könnte als Übergangslösung notfalls die Abhaltung von Amtstagen in Aussicht genommen werden.

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Proh...' or similar, written in dark ink.